

Zweifel können kaum bestehen: Die Arbeitslosenquoten im Ruhrgebiet und in den Küstenregionen sind höher als diejenigen von Stuttgart, München und Frankfurt; das Brutto-Inlandsprodukt wächst in den süddeutschen Verdichtungsgebieten stärker als in denen nördlich der Mainlinie; in gleicher Richtung verändern sich die Bevölkerungszahlen. In den Massenmedien ist die griffige Kategorie gefunden worden, die das Phänomen so anschaulich benennt: Nord-Süd-Gefälle. Im Norden geht's abwärts, im Süden aufwärts.

Der bayrische Wirtschaftsminister wird allerdings nicht müde, vor diesem „Gerede“ zu warnen – verständlich, weil dieses Etikett so gar nicht zu der Tatsache paßt, daß das Land Bayern beim Finanzausgleich zwischen den Bundesländern immer noch zu den Nehmern gehört, also z. B. von Nordrhein-Westfalen wie seit eh und je subventioniert wird; und diese Quelle möchte man doch nicht ohne Not versiegen lassen. Auch die norddeutschen Politiker halten von dem Schlagwort nicht viel, unterstellt es doch den von ihnen repräsentierten Gebieten „Abstieg“ und damit ihnen selbst ein gewisses Versagen.

Nach den „Analysen“, die in der Presse und im Fernsehen verbreitet werden, ist im Grunde alles ganz einfach: Das Ruhrgebiet, das Saarland und die Küstenregionen haben „die Entwicklung“ verschlafen, weil sie sich auf den Lorbeeren der „alten“ Industrien ausgeruht und diese auch noch mit Subventionen „verwöhnt“ haben – ganz anders dagegen die pfiffigen Schwaben und die schlitzohrigen Bayern: die haben erfunden und geforscht und haben sich die Innovationsfreude nicht von fortschrittsfeindlichen Bedenken gegen die neuen Techniken vermiesen lassen. Und all die modernen Leute, die die neuen Techniken kreativ entwickeln, leben sowieso lieber am Alpenrand, wo man so schön surfen und skilaufen kann. „Arbeiten, wo andere Urlaub machen“. Die Gegend, wo man in staubfreien Räumen und weißen Mänteln Chips montiert, muß einfach eine andere sein als die, wo die Spuren der Kohlehalden noch so sichtbar sind und der Staub sogar in der Lunge sitzt.

Es paßt gut, daß in Bayern und Baden-Württemberg seit langem stabile politische Mehrheitsverhältnisse für die Unionsparteien herrschen. Ein sauberes Wachstum in einer sauberen Gegend, befördert von sauberen Politikern wie Späth und Strauß. Das Schlagwort vom Nord-Süd-Gefälle ist zum Kampfbegriff geworden, der dazu benutzt wird, der hemmungslosen Modernisierung der Industrie das ideologische Feld freizuräumen.

Was verbirgt sich tatsächlich hinter diesem Schlagwort, wenn man einmal die ideologische Begleitmusik beiseite läßt? Die Bundesrepublik befindet sich – wie alle hochindustrialisierten Länder – in einem Prozeß der *Deindustrialisierung*, in dessen Verlauf eine große Zahl industrieller Arbeitsplätze verschwinden; dieser Vorgang führt zu einer räumlichen Umstrukturierung der Produktionsschwerpunkte und zu einer sektoralen Verschiebung der Erwerbstätigkeit.

Der „Strukturwandel der Wirt-

schaft“ setzt sich aus verschiedenen Elementen zusammen: zum einen werden Produkte substituiert, d. h. durch andere ersetzt (z. B. Kohle durch Öl und Gas, Holz und Metall durch Plastik, Textil-Chemiefasern); in diesen Bereichen nehmen Produktion und Beschäftigung ab. In anderen Fällen werden dieselben Produkte in anderen Ländern, die über entsprechende Rohstoffe oder billigere Arbeitskräfte (insbesondere im Fernen Osten) verfügen, kostengünstiger hergestellt und verdrängen die bisherigen Anbieter auf dem Weltmarkt. Das Ergebnis ist ein *sektoraler* Strukturwandel in den klassischen Industrienationen, bei dem bestimmte Branchen schrumpfen – und davon sind natürlich jene Regionen am stärksten betroffen, in denen diese Industrien konzentriert waren.

Überlagert wird dieser Prozeß von einem Wandel der Produktionstechnik, in dessen Verlauf immer mehr menschliche Arbeit durch Maschinen ersetzt wird: *Rationalisierung* und *Automatisierung* der Produktion. Bis zur Mitte der 70er Jahre dienten die Kapitalinvestitionen in der Bundesrepublik vor allem der Erweiterung bestehender Produktionskapazitäten, seitdem aber dominieren die Rationalisierungsinvestitionen – und dies bedeutet Arbeitsplatzverluste auch bei wachsender Produktion.

Auch dieser „Modernisierungsprozeß“ hat räumliche Konsequenzen; die neuen Produktionsanlagen benötigen mehr Fläche, die an den alten Standorten in der Regel nicht verfügbar ist, deshalb wandern die Betriebe ins Umland (Suburbanisierung des Gewerbes). Da die steigende Kapitalintensität der Produktion eng mit Unternehmenskonzentration verbunden ist, ergeben sich auch überregionale Veränderungen: die rationalisierte Produktion wird auf wenige Standorte konzentriert, Schließungen aufgekaufter oder niederkonkurrierter Betriebe sind die Folge.

Seit 1965 sinkt die Zahl der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe kontinuierlich; zwischen 1970 und 1980 sind im verarbeitenden Gewerbe über 1 Mio. Arbeitsplätze „abgebaut“ worden. Es gibt praktisch keinen Industriezweig mehr, in dem nicht die Nachfrage nach Arbeitskräften sinkt. Und dies gilt für alle Regionen der Bundesrepublik, für den Süden genauso wie für den Osten, Westen oder Norden.

Von diesem Prozeß wird das Verhältnis der Verdichtungsgebiete zu den ländlichen Regionen tangiert; die Diskrepanz bei der Ausstattung mit Industriearbeitsplätzen hat sich

nicht mehr vergrößert, sondern verringert; zwischen 1960 und 1981 hat die Zahl der Industriebeschäftigten in den Ballungsgebieten um etwa 750 Tausend ab – in den ländlichen Regionen dagegen um ca. 120 Tausend zugenommen.

Die Arbeitsplatzverluste machen sich am stärksten in den Industrien bemerkbar, die durch standardisierbare und routinierbare Fertigkeiten charakterisiert sind. Deshalb sind Regionen oder Städte, in denen die Großindustrie dominiert, stärker betroffen. Im Saarland und im Ruhrgebiet kumulieren somit sektoraler und innerbetrieblicher Strukturwandel und führen zu stärkeren Arbeitsplatzverlusten als in jenen Regionen, wo eher Klein- und Mittelbetriebe mit spezialisiertem Produktionsprogramm vertreten sind.

Dies gilt für Baden-Württemberg und auch den Münchner Raum, in denen außerdem die Wirtschaftszweige, die vom sektoralen Schrumpfungsprozeß am stärksten betroffen sind, eine geringere Rolle spielen. Noch nach dem Zweiten Weltkrieg galten die größten Teile dieser beiden Bundesländer als „unterentwickelte“ Gebiete, auf die sich eine gezielte Industrialisierungspolitik richtete. Bis heute gehören bestimmte Regionen im Süden der Bundesrepublik in der Definition der Regionalen Strukturpolitik zu den benachteiligten Gebieten, weil ihre Ausstattung mit gewerblichen Arbeitsplätzen weit unterdurchschnittlich ist: Niederbayern oder die Oberpfalz sind Beispiele. Daneben haben sich allerdings die Münchner und Stuttgarter Region zu Zentren des Wachstums der sog. Neuen Technologien entwickelt und erstrahlen als funkelnde Sterne in einer insgesamt düsteren Industrielandchaft.

Mit der Sonne, den Bergen und den Seen (der Wald stirbt ohnehin langsam vor sich hin) hat dies allerdings wenig zu tun, sehr viel dagegen mit ökonomischem Kalkül bei der Standortwahl und mit Politik: Großbetriebe, die in der Nachkriegszeit nach neuen Standorten suchten, gingen logischerweise in die Regionen, wo der Arbeitsmarkt (billige) Reserven versprach. Bei der Verlagerung des Siemens-Stammsitzes von Berlin nach Bayern hat auch die Voraussicht eine Rolle gespielt, daß einem kapitalistischen Konzern im amerikanischen Wirtschaftssektor weniger Mißtrauen begegnen würde als anderswo.

Entscheidend aber für das wirtschaftliche Aufblühen der süddeutschen Metropolen war die dortige Konzentration von naturwissenschaftlich-technischer Forschung

und Rüstungsproduktion in den letzten 3 Jahrzehnten. Die meisten Großforschungszentren wurden dort errichtet, im Münchner Raum befinden sich außerdem die Zentren elektronischer Militärforschung und -entwicklung sowie der staatlich subventionierten Luft- und Raumfahrtindustrie.

Das Air-Bus-Projekt ist ein Beispiel dafür, wie stark politische Entscheidungen die regionale Entwicklung beeinflussen: die Bundesregierung hat bis 1984 3,1 Mia. DM an Entwicklungskosten für dieses Flugzeug vorgestreckt, die nur zurückzahlen sind, wenn die spätere Produktion für den Markt gewinnbringend ist; die Industrie trägt nur 10% der Entwicklungskosten. Wenn 1988 die ersten Maschinen auf den Markt kommen, wird der Absatz noch bei jedem einzelnen Flieger mit 6 Mio. DM subventioniert. 25 Tausend Arbeitsplätze hängen an der Air-Bus-Fertigung. Die Steuerzahler aus der gesamten Bundesrepublik subventionieren also sowohl die Regionalförderung für die Entwicklung Niederbayerns wie das Beschäftigungswunder im bayrischen Zentrum.

Subventionierung hochentwickelter Technik-Produktion, staatliche Großforschungszentren, Technologie-Förderung sowie Riesen-aufträge für moderne Rüstungsproduktion haben im Münchner Raum eine dichte Verflechtung von Forschung, Entwicklung und Produktion in elektronischer Technik entstehen lassen, die einen selbsttragenden Entwicklungseffekt hat, wie man ihn auch aus den Agglomerationsgebieten der traditionellen Industrien kennt. Die Mikroelektronik, insbesondere Regelungs- und Steuerungstechniken bilden einen Bereich, in dem viele Innovationen die Neugründung von kleinen Unternehmen möglich machen, die extrem auf den spezialisierten Arbeitsmarkt des „Bavarian Valley“ angewiesen sind; regionale Umverteilung wäre nur dann zu erwarten, wenn Produkte so ausgereift und standardisiert würden, daß sie in Massenfabrikation hergestellt werden können.

Der Münchener Arbeitsmarkt ist, weil Deindustrialisierung in der traditionellen Produktion und Wachstum im Bereich der neuen Techniken zusammenfallen, *gleichzeitig* von Arbeitslosigkeit und Arbeitskräftemangel gekennzeichnet – das Problem ist, daß die von der Industrie „freigesetzten“ Arbeitskräfte von der Wachstumsbranche nicht eingestellt werden; das Qualifikationsprofil paßt nicht zusammen.

Deindustrialisierung und regional ungleiche Verteilung von Wachstumsbranchen führen zu *neuen Entwicklungstypen unter den Großstädten*: Deindustrialisierung führt zu Arbeitslosigkeit überall, besonders betroffen sind die traditionellen Zentren industrieller Produktion.

Dort nimmt die Arbeitslosigkeit zu, die durchschnittliche Kaufkraft sinkt; dies führt zu weiteren Beschäftigungsverlusten im Dienstleistungssektor, z. B. beim Einzelhandel. Der generelle Bevölkerungsrückgang wird verstärkt durch eine selektive Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte, weil für diese überregionale Mobilität noch eine Möglichkeit ist, drohender Arbeitslosigkeit zu entgehen; die kommu-

Kolumne

Nord-Süd-Gefälle